

Bundestagswahl 2025 – was kommt?

Große Teile der Bürger in Deutschland verbanden mit der Wahl am 23. Februar 2025 den Wunsch auf eine richtungsweisende Ausrichtung (Politikwechsel) Deutschlands hin zu einer wieder erstarkenden und sicheren Nation.

Als Favorit, diesen Prozess in Gang zu bringen, trat die CDU/CSU an „mit klaren Antworten auf die zentralen Herausforderungen unserer Zeit“.

Ihr Ziel: Deutschland wieder in Ordnung bringen.

Verbunden wurde dies mit einem neuen Wohlstandsversprechen, welches mit einer Politik für die hart arbeitende Bevölkerung, eine Agenda für die Fleißigen möglich gemacht werden soll.

Worauf kommt es an; wie wird das Versprechen realisiert?

- Wir entlasten vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen.
 - Dafür passen wir den Einkommensteuertarif an.
 - Unser Ziel für die Sozialversicherungsbeiträge: Wieder hin auf 40 %.
- Wir stellen Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit steuerfrei.
 - Wer freiwillig mehr arbeiten will, soll mehr Netto vom Brutto haben.
- Wir erhöhen die Pendlerpauschale.
 - So stärken wir unsere Leistungsträger im ländlichen Raum.
- Wir modernisieren das Arbeitsrecht:
 - Künftig soll für alle anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit gelten.
- Für ausländische Fachkräfte richten wir eine digitale „Work-and-Stay-Agentur“ ein.
Sie bietet Service aus einer Hand: Anwerbung, Arbeitsplatzvermittlung, Prüfung der Einreisevoraussetzungen, Visavergabe, Aufenthaltstitel.
- Wir senken die Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent, schaffen den Rest-Soli ab und verbessern Abschreibungen und Verlustverrechnung.
- Wir beseitigen mit Entrümpelungsgesetzen und Bürokratie-Checks überflüssigen Papierkram. Statistikpflichten und Doppelstrukturen bauen wir ab.
- Wir stoppen Belastungen: Das nationale Lieferkettengesetz schaffen wir ab.
- Wir machen Schluss mit Draufsatteln: Dazu nehmen wir die deutsche Übererfüllung von europäischem Recht zurück und unterbinden sie künftig.

und

- **Wir halten an der Schuldenbremse des Grundgesetzes fest.**
Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.

Das März-Editorial unternimmt den Versuch, die mit den Versprechen verbundenen Erwartungen einem Realitätscheck zu unterziehen.

Diese besondere Form unseres Editorials ist notwendig, da Sie als unsere Leser dringend die Einlösung dieser Versprechen warten, damit der sich rasant verschlechternde Zustand unserer wirtschaftlichen Grundlagen nicht fortsetzt.

Vorläufiges Ergebnis (Stand 4.3.2025)

Sondierungsgespräche unter dem Aspekt gegebener Wahlversprechen

Nach dem Ergebnis der Bundestagswahl 2025, bei der die CDU/CSU mit 28,5 % der Stimmen als stärkste Kraft hervorging, wurden Sondierungsgespräche mit der SPD aufgenommen.

Jedermann ist bekannt, dass Sondierungsgespräche zur Bildung einer neuen Bundesregierung zwangsläufig Kompromisse erfordern. Welche Auswirkungen dies auf die Umsetzung der Wahlversprechen der Union haben wird, war nach den ersten Statements der verantwortlichen Politiker aus dem Unionslager nicht klar. Doch schon die ersten Sitzungstermine zeigen eine deutliche Tendenz.

Steuersenkungen:

Wurden im Wahlprogramm Steuererleichterungen für niedrige und mittlere Einkommen sowie eine Senkung der Unternehmenssteuern von 30 % auf 25 % angekündigt, steht in den aktuellen Sondierungsgesprächen jedoch die Finanzierung geplanter Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur im Vordergrund.

Folge: Spielräume für umfassende Steuersenkungen sind äußerst eingeschränkt.

Bürokratieabbau:

Obwohl der Abbau von Bürokratie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands ständig gefordert wurde, sind konkrete Maßnahmen hierzu in den bisherigen Sondierungsgesprächen nicht prominent behandelt worden.

Folge: Es bleibt zu befürchten, dass auch dieses Versprechen nicht gehalten wird.

Energiepolitik:

Der seitens der Union befürwortete Ausbau der Kernenergie, insbesondere der Fusionsenergie, als langfristige Lösung für eine nachhaltige Energieversorgung steht in den Sondierungsgesprächen einer traditionell eher skeptischen Haltung gegenüber der Kernenergie seitens der SPD gegenüber.

Folge: Auch dieses Vorhaben wird wohl auf Widerstand stoßen.

Neben weiteren Themen wie Migration, Innere Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik sowie die welt- und geopolitische Lage kommt der Finanzierung aller „Wünsche“ der Beteiligten offensichtlich die größte Bedeutung zu.

Was zuerst nach übereinstimmenden Meldungen führender Printmedien zur Diskussion der Vorschläge von den Top-Ökonomen Clemens Fuest (ifo-München), Michael Hüther (IW-Köln), Moritz Schularik (ifw-Kiel) und Jens Südekum (Uni Duisburg) führte (*Sondervermögen: 400 Milliarden Euro für die Bundeswehr; 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur (Straßen, Brücken, Bahn etc.)*), wurde – nach intensiven Beratungen 😞 - final zum Beschluss wie folgt:

- **Bundeswehr:** what ever it takes (= kein Sondervermögen, sondern unbeschränkte Schuldenaufnahme mittels reformierter Schuldenbremse für alles über 1% BIP).
- **Infrastruktur:** 500 Milliarden Euro Sondervermögen

Anmerkungen:

Die Wirtschaftsweiserin Veronika Grimm schreibt in einem Artikel in BILD, dass jetzt– noch bevor die Koalitionsverhandlungen überhaupt richtig beginnen – „das ganz große Fass aufgemacht“ werden solle. Sie kritisiert die Vorschläge ihrer Kollegen und spricht von der Schuldenkehrwende der CDU. „Wir reden dauernd nur über zusätzliche Schulden, viel zu wenig über eine Strategie, wie wir aus diesen Investitionen auch wirklich Wachstum generieren.“ Grimm glaubt nicht, dass die Schulden im Bereich Verteidigung tatsächlich auch deutschen Firmen zugutekommen würden: „Am Ende nehmen wir jetzt viel Geld auf und kaufen damit bei den Amerikanern ein. Die wird das freuen. Wir aber werden dadurch unsere strukturellen Schwächen nicht überwinden.“

Zu dem vereinbarten Sondervermögen hofft Grimm, dass „die Union der SPD dafür einiges im Bereich der sozialen Sicherungssysteme abverhandelt“. Aber diese Hoffnung scheint selbst bei der Wirtschaftsweiserin eher gering, wenn Sie im Artikel kommentiert „Das klingt eigentlich mehr nach Satire als nach einem ernsthaften Vorschlag.“ Sie schloss mit der Hoffnung, dass sich die Union nicht darauf einlasse. „Wenn das so passiert verschießen wir unser Pulver, bevor wir überhaupt eine Strategie haben, wie wir wehrhaft werden und gleichzeitig das Wachstum ankurbeln“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Kanzlerkandidat Friedrich Merz und dessen Generalsekretär Carsten Linnemann wiesen stets – zu Recht - darauf hin, dass „Die Ampel hat jetzt dreieinhalb Jahre bewiesen, dass Subventionen auf der Basis von Schulden nicht funktionieren, dass der Staat schlecht darin ist, mit dem Geld das Richtige anzufahren.“

Und jetzt? Die Parteigranten von CDU/CSU und SPD beschlossen die größte Schuldenorgie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Dem Ganzen wird zusätzlich die Krone aufgesetzt in der Gestalt, dass die Voraussetzungen für die Beschlusslagen durch das alte Parlament geschaffen werden sollen.

Mit dem Hinweis, dass das neu gewählte Parlament eine komplexe Mehrheitszusammensetzung hat und deshalb die Abstimmung in der alten Konstellation erfolgen soll, kann durchaus als Wählertäuschung gewertet werden.

FAZIT:

- Es gibt mit dieser Beschlusslage kein Wohlstandsversprechen für die hart arbeitende Bevölkerung, für die Fleißigen, für Unternehmen.
- Durch die Beschlusslage zur Bundeswehrfinanzierung ist eine schnelle Steigerung des Verteidigungsetats wohl gesichert. Ob dies ohne Reformen innerhalb der Bundeswehr (z.B. Beschaffungsmant) zu mehr Verteidigungsfähigkeit führt, bleibt abzuwarten.

Es ist schwierig, in diesen bewegten Zeiten Aspekte zu finden, die Ihnen einen positiven Ausblick gibt auf das, was kommt.

Gerade deshalb sei an dieser Stelle wiederholt darauf hingewiesen, dass wir - das Team der Weichselbaum & Sommerer GmbH StBG/WPG – gerade in diesen schwierigen Zeiten für Sie bereitstehen.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Merian Forum

Gerhard Weichselbaum

vereidigter Buchprüfer, Steuerberater

©